

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forst-

Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff rentamt zu Tharandt. Postfach-Nr. 28614

Nr. 159

Mittwoch den 14. Juli 1920

79. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Frühkartoffelernte wird auf folgendes hingewiesen:

I.

Die Verordnung über die Kartoffelverfälschung vom 18. Juli 1918 (RVO. S. 737 ff.) enthält folgende noch gültige Bestimmungen:

§ 11. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften in § 11 oder den auf Grund von § 11 erlassenen Bestimmungen zuwider handelt.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

II.
Ein Verstoß gegen die Vorschrift, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten, liegt vor, wenn Kartoffeln unreif der Erde entnommen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um frühe, späte oder sonstige Kartoffeln handelt.
Dresden, am 9. Juli 1920. 974 VLA IV.

Wirtschaftsministerium.

Donnerstag den 15. Juli 1920 nachmittags 6 Uhr öffentliche gemeinschaftliche Sitzung des Rats und der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 13. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Keine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutsche Regierung hat in Spa ein umfangreiches Gutachten über die Wiedergutmachung überreicht.
- Die erste Zusammenkunft der Völkervereinigung ist auf den 15. November festgesetzt worden.
- Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen brachte einen überwältigenden Sieg des Deutschtums. In Ostpreußen sprachen sich 97,9 % der Bevölkerung für Deutschland aus, 2,1 % für Polen, in Westpreußen 92 % für Deutschland und 8 % für Polen.
- Der frühere deutsche Vorkonvert in Wien macht neue aufsehenerregende Mitteilungen über den Verrat Kaiser Karls.
- In Bayern haben die Mehrheitsparlamentarier die Beteiligung an der Regierung abgelehnt.

Ein Tag der Freude.

Nicht nur für alle Ost- und Westpreußen, für alle Deutschen wird der 11. Juli 1920 mit goldenen Letzern für Zeit und Ewigkeit im Buche der vaterländischen Geschichte verzeichnet bleiben. Mit einer fast an Einmütigkeit grenzenden, die höchsten Erwartungen weit hinter sich zurücklassenden, überwältigenden Mehrheit haben sich die beiden Wahlmännchen zum Deutschtum bekannt, zu diesem niedergetretenen, sich in Todesängsten windenden, wüßigen Betrugswort nach Deutschtum. Man weiß nicht, welche Niederlage größer ist, die die herrsch- und länderstolzen Polen jetzt zu verzeichnen haben: die wachsenden Schläge, die an der Ostfront auf sie herniederfallen, oder dieser an Entschiedenheit gar nicht mehr zu überbietende Volkstrost in Ost- und Westpreußen gegen ein Verfall in polnische Unterdrückung. Der Zusammenbruch an der Westfront und am Ostferne mag die Warschauer Herren unvorhergesehen getroffen haben. Die zerschmetternde Niederlage in Allenstein und Marienwerder hätten sie bei einigem guten Willen voraussehen — und deshalb vermeiden können. Aber ihre Eroberungsgier raubte ihnen die Besinnung, und so wiegen sie sich unbegreiflicherweise in der Erwartung, daß es ihnen mit rechten oder falschen Mitteln gelingen würde, neben dem bereits eroberten „Korridor“ auch noch weitere ostpreussische Grenzgebiete in ihre Gewalt zu bringen. Jetzt ist, wie zuvor in der zweiten Schleswiger Zone, diese von Anfang an verfehlte Spekulation für immer unumkehrbar gemacht worden. Den Schaden haben die Polen, und für den wollebedienten Spott brauchen sie nun nicht mehr zu sorgen. Den Schaden hat aber auch die Entente, die sich zu diesem widerwärtigen Spiel um Völkerschicksale hergegeben hat. Und darüber ist denn doch heute ein besonderes Wort zu sagen.

Die Entente glaubte wunder wie gerecht und maßvoll zu verfahren, als sie die von den Polen in Anspruch genommenen ost- und westpreussischen Abstammungsgebiete nicht geradenwegs zu Polen schenkte, sondern ihnen das Recht zur Selbstbestimmung einräumte. Sie unterlag dabei dem frevelhaften Spiel der Polen, die ihr einzureden verstanden, daß es sich hier im Grunde um polnisches Land und polnisches Volk handele, das nur durch die preussische Fuchsel vergewaltigt, seinen wahren nationalen Herzensneigungen entzogen worden sei. Um dieser erlogenen, bewusst einseitigen und direkt auf Täuschung gerichteten Information willen ist nun eine Bevölkerung von Hunderttausenden von Seelen, man kann schon sagen jahrelang in die schwerste Unruhe veretzt, ist ein gewaltiger Apparat von internationalen Kommissionen aufgezogen worden, um eine Abstimmung vorzubereiten und durchzuführen, die sich jetzt als eine elende Komödie entpuppt hat. Mit ungleich mehr Recht als für Allenstein und Marienwerder hätten die Polen für Osen und Bochum, für Dornmund und Serne Volksabstimmungen fordern können, denn dort sind wirklich Hunderttausende ihrer Landesleute schon seit Jahrzehnten angesiedelt; hätten sie die gleiche Forderung sogar für die deutsche Reichshauptstadt stellen können, die sich auch eines ganz natürlichen polnischen Einflusses zu erfreuen hat. Die Entente möchte jetzt wenigstens einsehen, welchem unverantwortlichen Kaufspiel sie zum

Opfer gefallen ist, welches schmachliche Unrecht sie einer geisteten Bevölkerung angetan, indem sie sie unter erheblichen materiellen und ideellen Opfern zu einem Bekenntnis nötigte, das wirklich für jeden Kenner der Verhältnisse die platteste Selbstverleumdung von der Welt war. Auf die ihnen damit angetane Verleumdung haben unsere Ost- und Westpreußen mit herzerhebender Deutlichkeit geantwortet. In diesem Punkte wenigstens ist der Vertrag von Versailles numerisch erledigt. Den Schaden hat, wie gesagt, auch die Entente zu tragen.

Aber damit allein ist die Bedeutung des 11. Juli nicht abgetan. Der polnische Korridor, den man uns, ohne die Bevölkerung zu befragen, gewaltsam entzogen hat, er muß jetzt ganz von selbst wieder mit erhöhter Wucht danach verlangen, daß auch ihm sein natürliches Recht werde. Städte mit Acht- bis Neunzehntel deutscher Bevölkerung sind durch einen Federstrich an die Polen ausgeliefert worden. Für den Augenblick mußte das Land und mußte das Deutsche Reich sich diesem Rechtspöbel beugen. Aber man glaube nur ja nicht, daß die Dinge damit für immer abgetan sind. Das Blut des vergewaltigten Volkes schreit zum Himmel, und es wird nicht eher Ruhe geben, als bis der natürliche Stand der Dinge auch hier wieder zu seinem Rechte gekommen ist. Die Grenzen von 1772 wollten die Polen im Osten wieder hergestellt sehen, und sind dabei von den Russen mit blutigen Köpfen heimgesucht worden. Im Westen hat ein Nachspruch der Entente genügt, um ferndeutsche Grenzgebiete ihrer imperialistischen Unersättlichkeit auszuliefern. Aber in „Bomerellen“ fühlt heute schon jedes Kind die Unhaltbarkeit dieser Herrschaft, die innere Hohlheit dieses Staatswesens, das kaum mit künstlichen Mitteln zur Welt gebracht, schon unaufhaltbarem Untergang verfallen ist. Der Belehrung durch Worte, durch Bitten und Vorstellungen ist die Entente nicht zugänglich gewesen. Nun sollte sie wenigstens den Tatsachen, die sie selbst hervorgerufen hat, die ihnen zunehmende Bedeutung einräumen. In Zeiten tiefer Not wenigstens wieder einmal ein Tag der Freude, ein Hoffnungsstimmer, der auf die Weiterkehr besserer Zeiten hinweist. An dieser Hoffnung wollen wir festhalten, was auch noch kommen möge.

Die vorläufigen Abstimmungszahlen.

Der Sieg der Deutschen in Ost- und Westpreußen gestaltet sich nach dem vorläufigen Abstimmungsergebnis noch überwältigender, als die ersten einlaufenden Nachrichten es erwarten ließen. Abgegeben wurden in

Westpreußen: 99 316 Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7682 polnisch, demnach 92 % deutsch, 8 % polnisch, 29 keine Ortshafte sehen noch aus.

Ostpreußen: 361 063 Stimmen, davon deutsch 353 655, polnisch 7408, also 97,9 % deutsch, 2,1 % polnisch, 63 keine Wahlbezirke sehen noch aus.

Überall, sowohl in Ost- wie Westpreußen, ist der Tag ruhig verlaufen. Zwischenfälle kamen nicht vor, die Abstimmung vollzog sich in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr. Die das Gebiet überall durchziehenden Kommandos der Besatzungstruppen fanden keinen Anlaß zum Einschreiten.

Einige gefährdete Grenzorte.

Eine polnische Mehrheit weisen im Landkreis Allenstein die Orte auf:

	deutsch	polnisch
Groß-Lesano	67	92
Schillings	16	17
Remitten	51	118
Kreis Dierode: Rappern	43	45
Georgental	2	20
Kreis Heidenburg:		
Turan Kitzberg	13	33
Turan Rittergut	15	15
Kreis Bischofsburg:		
Rössel Habrodain	20	23

Diese Ortshafte mit polnischer Mehrheit könnten als ernstlich gefährdet gelten, da sie hart an der polnischen

Grenze liegen und deshalb möglicherweise den Polen nach einer Bestimmung des Vertrages von Versailles zugeprochen werden könnten. Die übrigen Orte mit polnischer Mehrheit liegen als winzige Inseln mitten im deutschen Gebiet.

Die Wiedergutmachungspläne Deutschlands Vorschläge.

Trotzdem in Spa über die Kohlenfrage keine Einigung erzielt werden konnte, hat sich die deutsche Delegation bereit erklärt, ihre Pläne betreffend die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorzulegen. Sie bemerkt allerdings ausdrücklich dazu, daß dieser Vorschlag unverbindlich sei, solange nicht die Kohlenfrage in befriedigender Weise gelöst sei. Nachstehend lassen wir den wesentlichen Inhalt des deutschen Wiedergutmachungsvorschlages folgen.

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit.

Zunächst befaßt sich der Vorschlag mit den besonders von Frankreich geforderten Sachleistungen und den dazu bereits in Berlin überreichten Listen. Sodann heißt es weiter:

1. Die Deutsche Regierung sieht den Zweck der jetzigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparationspflichten zu gelangen.

2. Die Deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erheblicher höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung.

3. Eine Regelung für die Zukunft, die die Deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Staat zu balancieren. Sonst werden rasch wachsende weitere schwebende Verschuldung und Inflation jede Leistungsfähigkeit untergraben.

Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichten Denkschriften. Sie geht davon aus, daß insbesondere keine weitere Schmälerung der Grundlagen der schon fast geschwundenen deutschen Volkswirtschaft eintritt und die unentbehrlichen wirtschaftlichen Hilfsquellen wieder gewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Dünge- und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einfließen lassen.

Höchstsummen und Jahresleistungen.

Sodann schneidet der deutsche Vorschlag die wichtige Frage der einzelnen Jahresleistungen an, wobei sich unter Zugrundelegung der deutschen Leistungsfähigkeit folgendes ergibt:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten auszudrücken; die Mindesthöhe der Annuität ist festzusetzen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist heranzu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrage von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktwert anzusetzen. Zu einem bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar gezahlt werden; soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch die Sachleistungen zu bewirkenden Teil der Annuitäten übersteigen, sind in bar zum Weltmarktwert zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entmutigung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu überblicken ist, soll eine Befreiung der allierten Regierungen an einer möglichen Besserung der Finanz- und

Wannmontage Deutschlands vorgelesen werden. Hierfür soll ein Sondergesetz ausgearbeitet werden.
Es ist eine Sachkommission zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weiteren Entschädigungsspflicht frei wird.
Für die Feststellung der Mindestsumme auf Grundlage der deutschen Leistungsfähigkeit (a) und der hierfür höher präzisierenden, der deutschen Finanzhöhe nicht vorgehenden Sicherungen für die Ausarbeitung des Sondergesetzes (b), für die Bestimmung der Höchstsumme (c) sowie für die Festlegung der Unterlagen nach Ziffer 2 sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammengetreten.

Der Wiederaufbau.

Zur Durchführung des Wiederaufbaues des zerstörten Gebietes wird deutscherseits folgendes vorgeschlagen:

Die Wiederverherrlichung der im Kriege zerstörten Gebiete bildet ein gemeinschaftliches Interesse der Völker, da die Gefahr besteht, daß die Verfallenen des Hofes und der Schrei nach Rache nicht verschwinden, solange sie nicht beseitigt ist. Die deutsche Regierung hat deshalb, obwohl nach dem Friedensvertrage eine Verpflichtung zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau nicht besteht, alsbald nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Aufbaubarbeiten zu beteiligen. Sie empfiehlt, im gemeinsamen Interesse bringend, der Frage erneut näherzutreten. Dabei berücksichtigt sie auch die bei den bisherigen deutschen Lieferungen für die Zwecke des Wiederaufbaues gemachte Erfahrung, daß die Materiallieferungen nicht ausschließlich dazu Verwendung finden, um den früheren Zustand der zerstörten Gebiete herbeizuführen, sondern von dem Beschädigten teilweise auch zum Aufbau einer neuen Existenz an anderen Orten benutzt werden.

Die deutsche Regierung gibt daher die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgender: Es wird ein

internationales Syndikat von Unternehmern

gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offen gehalten wird. Das Syndikat erhält die Aufgabe, im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Regierungen die Zuräumung der zerstörten Gebiete durchzuführen, die industriellen, landwirtschaftlichen und Verkehrsanlagen wiederherzustellen und neue Siedlungsstätten für die bisherigen Bewohner dieser Gebiete oder andere Siedler, die sich aus den sonstigen Gebieten der geschädigten Länder dorthin bewegen, zu schaffen. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und den neutralen Ländern, so wie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran.

Das Siedlungsunternehmen

ist nach geschäftlichen, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leiten und so zu führen, daß von ihm keine übermäßigen Gewinne erzielt werden. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage vorkrieglicher Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bei grundsätzlichen Einverständnissen mit diesem Plan würde alsbald eine Besprechung über die praktische Durchführung oder Zusammenkunft von Vertretern der Regierungen der Staaten, die sich an dem Syndikat beteiligen wollen, ferner von Vertretern der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, sowie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu veranstalten sein.

Die Kohlenfrage.

Der den Alliierten von Deutschland vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet: „In der Voraussetzung, daß die Kohlenförderung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und wie im Monat Mai zur Verfügung des Reichskommissars für Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44.000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorrechteten Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit rund 58 % des Verbrauchs von 1913 beliefert, wie beifolgende Tabelle ausweist: Bei Berechnung dieses Prozent-

jahres ist der Mehrverbrauch infolge harter Qualitätsverschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wir beschließen, 50.000 Vergleite jährlich neu einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hieron eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitsfähigen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 440.000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr von jetzt an gerechnet 40 Prozent, für das nächste Jahr 25 Prozent, während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands verbleiben müssen.“ Hierüber konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden.

Eine Warnung Italiens.

Aus gut unterrichteten Ententekreisen werden die Meldungen über ernste Vorlesungen des italienischen Außenministers Grafen Sforza bestätigt. In einer Sitzung des Obersten Rates kurz vor Überreichung des Ultimatum in der Entwaffnungsfrage soll Graf Sforza Millerand und Lloyd George eindringlich vor den Folgen ihrer Gewaltpolitik gewarnt haben. Er betonte, daß das Vorgehen der Alliierten nur die imperialistischen Strömungen weiter stärken und die Autorität der deutschen Reichsregierung gegenüber linksradikalen Elementen schwächen würde. Graf Sforza erklärte weiter, daß Italien sich jedenfalls an einer etwaigen Besetzung des Ruhrgebietes mit keinem einzigen Soldaten beteiligen würde. Lloyd George soll zu Sforza privatlich geäußert haben, England werde sich an einer Besetzung auch nicht beteiligen. Der Korrespondent des „Vorwärts“ drückt aus, daß Graf Sforza diese Angaben auch italienischen Pressevertretern gegenüber gemacht hat, so daß an ihrer Richtigkeit nicht gezweifelt werden kann.

Das Echo in Paris.

„Unverschämte Widersegligkeit.“

Die Pariser Blätter beschäftigen sich in erster Linie mit der Möglichkeit eines Scheiterns der Konferenz an der sogenannten Widersegligkeit der Deutschen in der Kohlenfrage. Man erörtert bereits die etwaigen Folgen eines derartigen Scheiterns. Berthelot schreibt im „Echo de Paris“: „Denn ein Scheitern der Konferenz morgen erfolgt, so werden, wie uns ein Ober der alliierten Regierungen erklärte, folgende Entscheidungen eintreten: Zurückweisung der ganzen Angelegenheit an die Wiedergutmachungskommission und Rückkehr zum Vertrage so wie er ist. Schließlich haben wir einen Vorteil: Wir haben Lloyd George die unverschämte Widersegligkeit Deutschlands einerseits und unsere Mäßigkeit andererseits bemessen.“ — Für den „Matin“ ist Herr Stinnes das rote Lächeln. Herr Stinnes sei an allem schuld, daß die deutschen Sachverständigen und die deutsche Delegation sich dem Diktat der Alliierten in der Kohlenfrage nicht fügen wollen. Das Blatt schreibt: „Herr Stinnes läßt auf die deutsche Regierung einen schamlosen Druck aus. Er läßt sich dabei auf den Außenminister Dr. Simons, um seinen großen Einfluß als Sachverständiger auch auf den Kaiser auszuüben und den Kanzler Fehrenbach einzuschüchtern. Denn dieser Mann ist vollständig zur Verhängung mit uns bereit. Wenn Deutschland aus dieser Konferenz mit einem Bruch herauskommt, und wenn die Alliierten gezwungen sind, zu Maßnahmen zu greifen, so hat es auch die Pflicht, dem deutschen Volke zu sagen, daß Herr Stinnes und nur er allein verantwortlich für das neue Unglück des deutschen Volkes ist.“

Politische Rundschau.

Über die Regierungsbildung in Bayern wird berichtet, daß die Mehrheitsnationalisten unter ausschließlicher Begründung schriftlich mitgeteilt haben, daß sie sich an der Regierungsbildung nicht beteiligen. Bei der interfraktionellen Beratung der bürgerlichen Parteien wurde im allgemeinen Abereinstimmung erzielt, so daß die Grundlagen für das Regierungsprogramm vorhanden sein dürften. Bezüglich der Verteilung der Ministerien an die vier bürgerlichen Parteien schweben noch Verhandlungen.

Türkei.

Die günstige Lage der Nationalisten. Nach einer Meldung aus Konstantinopel soll Mustafa Kemal Pascha dem

Sultan geflüchtet haben, die Lage der Nationalisten in Anatolien sei günstig, trotz der griechischen Seereschiffe. Er habe 3000 Griechen, darunter zwei Generale, gefangen genommen, und sowohl die Kurden als auch die Mesopotamier hätten ihm Hilfe versprochen. Letztere würden sogar den Arabern gegen die Franzosen in Syrien helfen. In einem Manifest sagte Kemal, die Engländer und Griechen seien die größten Feinde der Türkei. Er empfehle aber Rücksicht gegenüber den Franzosen und Italienern.

Frankreich.

* Danzig und die Türkei. Der Oberste Rat beschäftigte sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird den türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben werden. Sie enthält einige Abänderungen zugunsten der Türkei. In der Leschener Frage ist eine Volksabstimmung vorgesehen. Die Tschecho-Slowaken und die Polen lehnen sie jedoch ab und schlagen ein Schiedsgericht des belgischen Königs vor. In der Danziger Frage wurde die Verwaltung gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages einem gemischten, aus Danzigern und Polen bestehenden Kommission übertragen.

Der Tod der Kaiserin Eugenie.

Fast schien es, als hätte das Schicksal sie vergessen, aber als wollte es sie nach dem Niedergang des Volkes von Frankreich auch noch neuen Anstöß erleben lassen. Eine phantastische, meteorologische Laufbahn, wie sie außer bei den Napoleonischen wohl nur noch im ehemaligen Kaiserhofe erlebt worden ist, hat mit dem Tode dieser Frau ihr Ende gefunden.

Als der dritte Napoleon Kaiser von Frankreich geworden, ließ bei allen europäischen Prinzessinnen Körbe über Körbe geholt hatte.

Bleibt er 1853 um die schöne Eugenie Montijo an, die schon zu seiner Präsidentszeit ein Stern der Tuillerieshölle gewesen war. Für Vater war ein spanischer Grande, ihre Mutter eine Gräfin. Geboren war Eugenie am 5. Mai 1825 in Granada. Das Kind der etwas abenteuervollen Mutter war auf die



Kaiserin Eugenie

Lothar übergegangen. Von Jugend auf wurde Eugenie von Land zu Land, durch Bäder und Hotels, von einem Vergnügen und einer Festlichkeit zum andern geschleppt — eine Helme lernte sie nicht kennen, und gelernt hat sie auch nicht viel. Als Napoleon die 27-jährige Spanierin als Gattin heimführte, redete die Welt ihr und ihren Eltern allerlei Böses nach. Mit dem Kaiser selbst teilte sie das Schicksal, daß ihre legitime Abstammung bezweifelt wurde. Eugenie tat auch nicht sonderlich viel, um die bösen Jungen zum Schweigen zu bringen — im Gegenteil! Am Hofe ging es so toll zu, daß der Kaiser selbst gelegentlich unangenehm berührt war und seine Gattin ersuchen mußte, den Umgang mit Dämelsängern und Theaterprinzessinnen etwas einzuschränken.

Trotzdem sie von niemand eigentlich für voll angesehen wurde, war die Kaiserin doch auf einem Gebiete, auf dem der Mode, tonangebend; hier wurde sie neidlos als Herrscherin anerkannt. Ihr verdankte Europa u. a. die Erfindung der „wunderschönen“ Kreoline. Eine Wangrolle spielte Eugenie auch bei der Eröffnung des Suezkanals, wo sie mit

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Freisen.

44) Er wird rot, wie stets, sobald er in Verlegenheit kommt.

„Wie man's nehmen will!“ erwidert er ausweichend. „Jedenfalls muß ich sofort nach Berlin.“

„Wie schade!“

„Auch mir tut es furchtbar leid; aber ich habe eine Freundespflicht zu erfüllen.“

„Dann gehen Sie! Einen Freund darf man nicht warten lassen. Und — auf baldiges Wiedersehen!“

Länger als nötig hält er die schmale Mädchenhand.

„Darf ich wiederkommen?“

„So oft Sie wollen! Sie wissen, Sie sind uns allen lieb und wert!“

„Auch — Ihnen, Fräulein Eva?“

„Auch mir.“

„Ich danke Ihnen!“

Er zieht die kleine Hand an seine Lippen. Dann wendet er sich zum Gehen.

„Haben Sie auch schon gefrühstückt?“ ruft sie ihm echt hausmütterlich nach.

„Nein. Es treibt mich fort zu —“ er stockt und fügt hastig hinzu — „zu meinem Freund. Bitte, mich bei Ihrem Herrn Vater und Bruder zu entschuldigen, wenn ich ohne Abschied —“

— und vor allem bei meiner Schwägerin!“ fällt sie halb neckend, halb vorwurfsvoll ein. „Als Hausfrau darf sie wohl die meiste Rücksicht beanspruchen.“

„Über gewiß — selbstverständlich —“ flammelt er in größter Verlegenheit; denn auch Gerold hat es noch nicht gelernt, sich zu verteidigen — trotz seiner Jugendlichkeit zu der sogenannten „vornehmen Gesellschaft“.

Evas sanfte, klare Augen ruhen verwundert auf ihm.

„Herr v. Trotha, Sie verbergen uns etwas. Immerhin wird Diane sehr bedauern, Sie nicht mehr vorzufinden. Und vor allem, wenn sie hört, daß Sie eine unangenehme Nachricht bekommen haben. Sie wissen ja, wie gut und mitleidig sie ist!“

„Ja, das ist sie!“ bekräftigt Gerold leuchtenden Blicks, in Erinnerung an ihr gestriges großmütiges Anerbieten. „Wenn alle Frauen Ihnen beiden gleichen —“

Sie lächelt — ihr liebes, bescheidenes Lächeln, das sie so gut liebt und ihr etwas Madonnenhaftes verleiht.

Wie kann man mich mit Diane vergleichen! Sie ist die stolze Rose, während ich —? Na, ich bin höchstens ein Weiden, und noch dazu ein sehr dürftiges!“

„Ja hält es den Jüngling nicht mehr länger.“

„Für mich sind Sie die herrlichste Blume auf der ganzen Welt!“ ruft er in ehrlicher Begeisterung. „Ach, Eva, liebes Mädchen, fühlen Sie denn nicht, wie lieb ich Sie habe —“

„Doch! Ich fühle es.“ lächelt sie mit schwimmenden Augen. „Und das wundert mich eben. Wer eine Frau wie Diane geliebt hat —“

„Woher wissen Sie —“ flammelt er verwirrt.

„Ich habe doch Augen im Kopf! Und was ich nicht in Ihren Mienen las beim ersten Wiedersehen zwischen Ihnen beiden, das relumte ich mir zusammen.“

„Und trotzdem haben Sie mich lieb, Eva?“

„Trotzdem.“

„Eva!“

Mit einem Jubelruf zieht er das Mädchen an seine Brust.

Sie aber wehrt ihm, unter Tränen lächelnd:

„Ihr Freund wartet auf Sie! Gehen Sie jetzt!“

Er fährt sich über die Stirn. Wie konnte er nur so egoistisch sein in dieser Stunde, da Diane seiner Hilfe bedarf, an sein eigenes Glück zu denken!

„Sie haben recht,“ murmelt er beschämt. „Aber wenn ich wiederkomme, dann —“

„Ja, dann!“

Noch ein warmer Händedruck, ein inniger Blick — und Gerold v. Trotha eilt davon.

Als Norbert ziemlich spät, nach durchwachter Nacht, das Frühstückszimmer betritt — die wenigen Gäste, die Birkenfelde noch behelbergt, ruhen noch in ihren Gemächern aus von den Freuden und Strapazen des gestrigen Festes — ist Eva in den Wirtschaftsräumen beschäftigt, um ein schmachtendes Mittagmahl bereiten zu lassen.

Er erfährt deshalb vorläufig gar nichts von Gerolds Abreise. Und hätte man es ihm gesagt, was hätte es ihn gekümmert? Seine ganzen Gedanken sind bei seinem Weibe.

Er weiß, er ist heute Nacht zu heftig gewesen. Sein leidenschaftliches Temperament, das durch die starken Weine noch mehr erregt wurde, war mit ihm durchgegangen. Er schämt sich jetzt fast seines Benehmens. Wie konnte er nur auf Gerold eifersüchtig sein? Auf diesen kann den Anabenschuhen entwachsenen Jüngling! Am liebsten würde er gleich hinaus zu seinem Weibe gehen und um Vergebung bitten. Aber er mag sie nicht im Schlafe stören. Sicher hat auch sie, gleich ihm, die Nacht durchwacht und ist nun endlich etwas eingeschlummert.

Als es aber Mittag wird und Diane erscheint noch immer nicht — da befällt ihm doch ein unbestimmtes Gefühl der Sorge.

Er eilt hinaus nach den Gemächern seiner Frau. Sie sind leer. Das Bett ist unberührt. Auf dem Tisch liegt ein geschlossenes Küberl mit seiner Adresse.

Von einer bangen Ahnung durchzuckt, reißt er es auf.

Der Trauring fällt heraus. Keine Zeile. Nichts. Ein Schlüssel entringt sich seiner Brust.

Fort!!!

Und er selbst ist es, dessen brutale Festigkeit sie aus dem Hause getrieben hat! Er selbst.

Und er sinkt neben dem Lager seines Weibes auf einen Stuhl, legt die Arme auf den Bettyposten und weint — weint zum erstenmal in seinem Leben heiße, bittere Tränen —

Als er nach einer Weile, während der er mühsam wieder seine Selbstbeherrschung, wenigstens äußerlich, erlangt hat, das Zimmer seiner verschwundenen Frau verläßt, trifft er auf der Treppe Eva.

„Du weißt wohl noch nicht, lieber Bruder — Herr v. Trotha hat heute ganz früh Birkenfelde verlassen. Er erhielt ein Telegramm —“

Ein paar Augenblicke steht Norbert wie erstarrt. Dann packt er seine Schwester beim Arm.

„Was redest du da? Gerold v. Trotha ist —“

„Abgereist. Er läßt sich durch mich bei Dir entschuldigen.“

Fort! Auch er!!!
Ein furchtbarer Krampf sucht in Norbert aus.

(Fortsetzung folgt.)

ihren Soldaten zum Entsetzen des unglücklichen Vizekönigs eine Gellavalade aufführte.

Der Sturz des Kaiserthums war gewissermaßen ihr Werk. Sie selbst hat in den ersten Tagen des Krieges von 1870, als es noch gut ging, Spiers gesagt: „Das ist mein Krieg, mein häßlicher kleiner Krieg!“ Ein paar Monate später sah sie, von dem amerikanischen Zahnarzt Evans begleitet, über die belgische Grenze, um dann in England ein Asyl zu finden. Sie hat schwer geliebt. 1873 starb der Gatte, 1875 fiel ihr einziger Sohn, der in der englischen Armee diente, unter den Messern der Junker. Von der einst so heiteren, lebenslustigen „Nobelfürstin“ hörte man dann längere Zeit nichts mehr. Zurückgezogen und einsam lebte sie als Gräfin von Pierrefonds auf ihrem englischen Landsitz. Bloßlich aber begann sie, als hochbetagte Greisin, ruhelos durch Europa zu wandern, und schließlich wurde ihr Name noch einmal genannt, als sie — was ja selbstverständlich war — ihre „hohe“ Meinung über Frankreichs Neuanlage an Preußen zum Ausdruck brachte. Die Gräfin hinterläßt ein sehr großes Vermögen.

Zu Kaiser Karls Treubruch.

Erste Mahnung Wilhelms II.

Der ehemalige deutsche Botschafter Graf Wedel veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel über Österreich-Ungarns Sonderfriedensvertrag vom Oktober 1918 und zitiert im Wortlaut einen Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl, in dem es heißt:

„Die Ankündigung Deiner Absicht, unseren Gegnern einen Sonderfrieden anzubieten, hat mich auf das schmerzhafteste überrascht. Du müdest durch die Auslieferung dieses Bundes dem Plane unserer Feinde neue Bahnen öffnen, der darauf hinausgeht, durch Trennung unserer Reiche unsere Länder leichter ihrem Willen zu unterwerfen und ihre antimonarchischen Ziele zu verwirklichen. Einen halbgen Frieden zwischen unsrer Kaiserin und Regierungen. Nach ihm ist mein Sinn eben so gerichtet wie das Deine. Ihm zuliebe habe ich schwere Opfer gebracht, denn dem Wohle meines Volkes ordne ich eigene Interessen willig unter. Die im Financereichen mit Deiner Regierung für sich eingeleitete Aktion beweist die Durchführung eines Waffenstillstandes und des demnachfolgenden Friedens. Diese Verhandlungen befinden sich im Fluß und können in wenigen Tagen zu einem Ergebnis führen. Die bisherige Zusammenarbeit unserer Regierungen, deren Ausschüß nicht unglücklich erschienen, würden durch eine Sonderfriedensaktion Deiner Regierung im letzten Augenblick auf das äußerste gefährdet werden. Schon die Bedingungen für den Waffenstillstand werden sehr viel schwerer werden, wenn unsere Gegner erfahren, daß unser Bund geplatzt ist. Das berührt unsere Reiche in gleicher Weise. Ich bitte Dich daher dringend, von jedem Schritte abzusehen, der den Einbruch zu wecken muß, daß wir nicht mehr einzig sind. Je fester wir auch fernerhin zusammenstehen, desto größer sind die Ausschüß, daß unsere Gegner, welche ebenfalls schwer unter den Folgen des Krieges leiden, sich zu Friedensbedingungen verstehen, die mit der Ehre und den Interessen unserer Völker im Einklang sind. Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst, nur in vollen Einvernehmen mit der meinsten die mit den Vereinigten Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen. In treuer Freundschaft Wilhelms.“

Graf Wedel erklärt noch zum Schluß: Kaiser Karl hat unter verschiedenen Einflüssen schon längst mit dem Sonderfrieden und dem Bruche der Bundesstreue gedankelt. Offiziell wurde er erst im Oktober 1918, in höchster Not beschlossen. Aber ich bin überzeugt, Kaiser Franz Joseph hätte es auch in höchster Not vorgezogen, in Ehren unterzugehen. Die Monarchie ist untergegangen, aber nicht in Ehren. Der Treubruch gegenüber einem Verbündeten, der 1914 ausging, um Österreich-Ungarn zu schützen, der es im Kriege mehrmals gerechtfertigt hat, war ihre letzte Tat. Kein ruhmreiches Ende für das alte Habsburger Reich, welches bis dahin auf eine glorreiche Geschichte zurückblicken konnte.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, schwedische und französische Franc und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ — ausbezahlt; „Gold“ — bezahlt.)

Währungsplätze	12. 7.		10. 7.		Stand 1. 8. 14.
	Gold	Preis	Gold	Preis	
Dänland	1346,15	1348,85	1348,60	1351,35	170 Mk.
Dänemark	604,35	605,05	606,85	608,15	112 „
Schweden	681,30	688,20	684,30	685,70	72 „
Amerika	38,87%	38,17%	38,45	38,55	4,40
England	148,90	149,90	151,85	152,15	20,20
Frankreich	319,55	324,35	321,65	322,35	80 „
Italien	227,25	227,75	228,75	229,25	80 „
Österreich	28,02	28,06	28,12	28,16	85 „
Ungarn	28,34%	28,49%	28,57	28,63	85 „
Tschechien	84,90	85,10	84,90	85,10	85 „

Verbot der Ersatzlebensmittel. Mit dem 30. Juli 1920 ist die Frucht abgelassen, nach der früher genehmigte Ersatzlebensmittel, die aber den neuen Richtlinien der Verordnung vom 30. September 1919 nicht entsprechen, aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Damit schalten Ersatzlebensmittel aus dem Verkehr, die teils ihrer Minderwertigkeit halber, wie z. B. die sogenannten „Alkoholfreien Biere“, nicht im Handel gebildet werden können. Der Handel wird seine alten Bestände an Ersatzlebensmitteln, die vor dem 15. November 1919 schon hergestellt worden sind, daraufhin einer Prüfung unterziehen müssen.

Hessige Kämpfe in Polen.

Vermittlung der Entente.

Wie neuerdings verlautet, will sich das polnische Heer auf die sprachliche Grenze Polens zurückziehen und alle Gebiete räumen, die nicht von polnisch sprechender Bevölkerung bewohnt werden. In erster Linie wird sich die polnische Verteidigung auf das Gebiet an der litauischen Grenze beschränken.

Der Rückzug der Polen wird fortgesetzt. In der Gegend Polozj und Orscha-Borissow finden jetzt die heftigsten Kämpfe statt. Es ist den Bolschewiken gelungen, die Besatzung bei Bobruisk zu überwinden. Bei Kowno kämpften die Polen mit der Reiterei des Generals Sadzyna.

Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen, auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich hinter ihre rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Randstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung ausstellen lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Oberts und Postes Wabesienbild. Das Schönheitsgericht Urtenbühl hatte sich in einer Klage mit der Frage zu beschäftigen, ob die Verbreitung der bekannten Photographie „Obert und Postes im Dörfchade Gasse“ objektiv widerrechtlich sei. Das Gericht hat diese Frage verneint und den wegen gewerbsmäßiger Verbreitung des Bildes ohne Genehmigung eines Mitabgebildeten angeklagten Photographen rechtskräftig freigesprochen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß Obert und Postes der Bildschilde angehört, und daß zur Verbreitung von Bildern aus der Zeitgeschichte eine Genehmigung nicht erforderlich sei.

Neueste Meldungen.

Französische Übergriffe in Mainz.

Berlin. Auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörde ist das Garnisonlazarett in Mainz in eine Entbindungsklinik zur ausschließlichen Benutzung der Angehörigen französischer Militärpersonen umgewandelt worden. Dieses Verbot stellt einen Übergriff dar, der auf Grund des Rheinlandabkommens nicht zulässig ist.

Der eigentliche Kriegsgrund.

Paris. Der „Matin“ wendet sich gegen eine Äußerung des englischen Botschafters in Washington, Sir Auckland Geddes, die er in der Unterstadt von Princeton getan hat. Geddes sagte, er habe die Kriegsurkunde sehr genau studiert. Es solle nicht schwer zu beweisen sein, daß die Verletzung der Bevölkerung eine der Hauptursachen gewesen sei, die den europäischen Krieg unvermeidlich gemacht hätten. Deutschland sei durch die erhöhten Lebensmittelpreise in eine bedrückte Lage gekommen. Man solle da nur die Betrügerei der letzten zehn Jahre in Betracht ziehen. Deutschland sei fast ganz ruiniert worden, sich zu schlagen. Mit den kürzlichen Worten weist der „Matin“ diese Äußerungen, die ihm sehr unangelegen kommen, zurück.

Bayern läßt sich nicht entwaffnen.

München. Die Leitung der Einwohnerwehr München hat eine Erklärung abgegeben, daß sie sich der Entlohnung unter keinen Umständen fügen werde. Der Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Dr. Fischer, erklärte auf einem Festabend, daß er in Berlin erklärt habe: „Nie und nimmer geben wir die Waffen her!“ Dies habe er auch einem englischen General gesagt.

Verschiedene Meldungen.

Epa. Der Oberste Rat hat jede Änderung des türkischen Friedensvertrages endgültig abgelehnt.

Epa. Der hier weilende polnische Außenminister Grabski erklärt, daß Polen zum Frieden bereit sei.

Moskau. Wie verlautet, hat die Sowjetregierung erklärt, daß der russische Vormarsch nicht weiter als bis zur deutschen Grenze gehen soll.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Von der Konferenz in Spa.

Spa, 13. Juli. (tu.) Herr Hugo Stinnes wurde gestern als deutscher Sachverständiger von der Kohlenkommission gehört. Er sprach ruhig und machte sehr besinnliche Angaben.

Köln, 13. Juli. (tu.) Der Vertreter der Kölnischen Zeitung in Spa meldet seinem Blatt unterm 12. d. M.: Heute nacht wurde der deutsche Abordnung beigehörende Vertreter des Wilsdruffer Telegraphen-Büros ohne Anlaß von offenbar betrunkenen Straßenspassanten überfallen und schwer mißhandelt. Nur durch das tatkräftige Dazwischentreten amerikanischer Zeitungsveterane konnte er vor weiteren Mißhandlungen geschützt werden.

Berlin, 13. Juli. (tu.) Aus Basel wird gedruckt, daß Lloyd Georges an Ruhr erkrankt ist. Die Krankheit ist auf das schlechte Trinkwasser in Spa zurückzuführen.

Epa, 13. Juli. (tu.) In diplomatischen Kreisen verläutet, daß die deutsche Delegation die Wästel habe, von den Alliierten zu verlangen, die alliierte Besatzungsarmee im Rheinland herabzusetzen, um die Kosten, die durch die Truppen verursacht werden und die Deutschland zu bezahlen hat, herabzumindern. Die deutschen Delegierten wollen gleichfalls verlangen, daß Deutschland einige Mandate über seine Kolonien übertragen werden.

Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik gewinnt an Ausdehnung.

Halle, 13. Juli. (tu.) Dem Halleischen Volksblatt zufolge haben sich den streikenden Vornarr-Kohlenarbeitern auch die in den Revieren Zeig und Weisensels angeschlossen. Auch im Neufeldwitzer Revier ruht die Arbeit.

Deutsche monarchistische Offiziere in Budapest?

Wien, 13. Juli. (tu.) Hier verlautet, daß in Budapest sich 230 deutsche Offiziere befinden, welche nach dem Kapp-Putsch nach Budapest geflüchtet sind. Sie haben sich in zwei Offizierskorps organisiert und begehren hier Offiziersgehalt von einem monarchistischen Fonds in Deutschland. Ebenso befindet sich in Ungarn nahe der serbischen Grenze eine starke Kompanie österreichischer monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fonds bezahlt werden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 13. Juli 1920.

— **Das Brot am Wege.** Wer die Lehre nicht ehrt, ist das Brot nicht wert. Wie oft liegen auf Wegen, die durch die hoffnungslosen Kornfelder führen, Halme mit den kernreichen Ähren aus dem Boden herausgerissen, und mancher Fuß tritt auf das Brot am Wege. Beides ist Leichtsinns, ja Frevel. Alle Jahre wird ein alter Herr, der viel Erfahrung hinter sich hat, beobachtet, wie er sich es angelegen sein läßt, die Halme vom Wege ab in das Feld zu räumen. Er hat auch wiederholt, namentlich Rinder, gewarnt und ermahnt in freundlichster Weise und nicht ganz ohne Erfolg. Zwar ist er auch verlacht und verspottet worden, wie unsere heutige Jugend es zum Teil leider so oft tut, aber er läßt sich nicht beirren und der Hinweis auf das teure Brot ist öfters nicht erfolglos gewesen.

— **Ernennungen.** Bei dem Amtsgerichte Wilsdruff sind ernannt worden: die Gerichtsfretäre Schubert und Lungwig und Aktuar Arbeiter zu Oberjustizsekretären, Expedient Bähr zum Justizassistent, Gerichtswachtmeister Pahn zum Gefängnisinspektor und Gerichtsdienner Glagmann zum Justizwachtmeister.

— **Die Ernte naht.** Der Schnitter bringt ins Getreidefeld vor, und mancher Vogel, der sich hier sicher wählte und sein Nest baute, muß flüchten. Wundervolle Gebilde, die Rohrfänger und Stiegler und manch anderer kleiner Sänger sich hier schufen. Kunstvoll auf Palm und

Stengel gebaut. Sie fallen nun jetzt der Erntearbeit zum Opfer. Die Heimatgemeinschaft bittet, diese Gebilde zu schonen und sie ihr als Anschauungsgegenstände freundlich zu übersenden.

— **Wilhelm Scheutert-Stiftung.** Am vergangenen Sonnabend hat der Militärverein eine Wilhelm Scheutert-Stiftung von den gestifteten 500 Mk. errichtet. Man beschloß z. Bt. die 500 Mk. auf der Sparkasse zinsbar anzulegen und die evtl. Zinsen am Gedächtnisstag des Stifteres (30. April) an bedürftige Kameraden oder deren Angehörige zu verteilen. In Fällen der Not können bis zu einem Stammkapital von 100 Mk. die darüberstehenden 400 Mk. als Unterstufungen zur Auszahlung gebracht werden. Dem hochherzigen Stifter, Herrn Wilhelm Scheutert, Ranks, ist der Dank des Vereins ausgesprochen worden.

— **Der Steuerabzug.** Der neue Beschluß des Reichstages in Sachen des 10prozentigen Steuerabzugs von Lohn und Gehalt hat zunächst keinerlei Änderung der Reichslage herbeigeführt, denn einstweilen handelt es sich nur um einen einseitigen Beschluß des Reichstages, der, da er von diesem ausgegangen ist, erst nach Zustimmung des Reichsrates Gesetzeskraft erlangen kann. Diese steht aber noch aus und würde, auch wenn sie erteilt wird, erst mit Wirkung vom 1. August ab eine neue Rechts- und Sachlage schaffen. Im zukünftigen amtlichen Revisions ist man sich so ziemlich darüber im Klaren, daß der neue Reichstagsbeschluß die Verhältnisse gegenüber den Vorkrisen der Reichsabgabenordnung noch ungleich verwickelter und schwieriger gestalten wird. Deshalb macht man seine Genehmigung erst noch von weiteren eingehenden Erwägungen abhängig. Bis diese abgeschlossen sind, können natürlich auch keinerlei Ausführungsbestimmungen erlassen werden, und das wiederum hat zur Folge, daß die Steuerbehörden und Finanzämter zurzeit noch gar nicht in der Lage sind, den ratlosen Steuerzahlern mit den dringenden verlangten näheren und genaueren Auskünften zur Seite zu stehen. Ein Bild der Verwirrung und der Ratlosigkeit also, das ganz getreulich der Gesamtlage unserer neuesten politischen Zustände entspricht.

— **Keine Reichsmittel zur Bezahlung der Streitklage.** Anlässlich des Generalstreiks nach dem Kapp-Putsch ist vielfach gefordert worden, daß das Reich die Arbeitern und Arbeitgebern entstandenen Verluste ersetzen möge. Dazu nimmt das Reichsarbeitsministerium folgende Stellung ein: „Wenn das Reich auch den in seinen Betriebsverwaltungen tätigen Arbeitnehmern den Lohnausfall während der Tage vom 15.—20. März vergütet hat und dadurch gewissermaßen auch die privaten Arbeitgeber angezogen hat, seinem Beispiel zu folgen, was zur Abwendung von Wirtschaftskämpfen und zur Behebung einer schweren Notlage der Arbeiterschaft vielfach auch geschah, hat doch das Reich durch sein Verhalten keineswegs eine Verpflichtung gegenüber anderen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern anerkannt. Die Reichsregierung muß vielmehr bei der Lage der Reichsfinanzen unbedingt daran festhalten, das Reichsmittel zur Bezahlung der Streitklage nicht zur Verfügung gestellt werden können.“ Entsprechendes gilt auch für die sächsische Regierung.

— **Sächsischer Militärvereinsbund.** In Zittau begann am Sonnabend die 47. Generalversammlung des Sächs. Militärvereinsbundes unter reger Anteilnahme der Kameraden, die aus allen Ecken Sachsens erschienen waren. Nachmittags 3 Uhr fand die erste Besprechung des Präsidiums mit den Bezirksvorsitzenden statt, die interner Natur war. Am Abend trafen die Kameraden mit ihren Gärten und Damen im Etablissement „Zum Lindenhof“ zu einem Empfangsfest zusammen, das einen imposanten Verlauf nahm. Den öffentlichen Beratungen am Sonntag ging eine kirchliche Andacht voraus, wobei Präsidialmitglied Pfarrer Döhler-Dresden die Predigt hielt. Die Hauptversammlung wurde am Sonntag vormittag 11 Uhr vom Vizepräsidenten Kaufmann Klähn-Dresden eröffnet. Den Jahresbericht erstattete an Stelle des erkrankten ersten Schriftführers Kaufmann Fültsch dessen Stellvertreter Oberamtsrichter Beyer. Nach Beendigung des Krieges hatten viele Kameraden noch mit den eigenen Angelegenheiten zu tun. Dagegen habe das neue Beschäftigungsjahr schon eine erhebliche Steigerung zum Eintritt in den Bund gezeigt. Es verbleibt am Schlusse des Berichtsjahres ein Bestand von 172300 ordentlichen und außerordentlichen, sowie von 5592 Ehrenmitgliedern. Am Feldzuge haben von den Bundesmitgliedern 9148 teilgenommen, von denen 2437 in Gefangenschaft gerieten und 9271 auf dem Felde der Ehre fielen. Die Vereinsbeiträge haben sich um 200747 Mark vermehrt. Das Vermögen der Vereine sei um 208774 Mark auf 7533882 Mark gestiegen. Die im Berichtsjahre von den Vereinen gezahlten Unterstufungen haben 456924 Mark betragen. Aus der Bundeskasse und den Bundesstiftungen seien 85225 Mark gezahlt worden. Die Gesamtsumme der vom Bunde und den Vereinen während ihres Bestehens gezahlten Unterstufungen belaufe sich auf 15768068 Mark. Im geschäftlichen Teil wurde die Erhöhung des Bundesbeitrages von 30 Pfennigen auf 1 Mark für das Mitglied und Jahr, sowie die Errichtung einer Sterbelasse im Bunde beschlossen. Die nächste Hauptversammlung findet in Glauchau statt.

— **Anmeldung von Auslandsforderungen.** Das Reichsausgleichsamte empfiehlt nach einer Mitteilung der Handelskammer Dresden den deutschen Gläubigern, deren Forderungen nach § 25 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages als nicht ausgleichsfähig angesehen werden und die Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihrer nicht ausgleichsfähigen Forderung befürchten, sich von der Zweigstelle des Reichsausgleichsamtes Leipzig, Beethosenstr. 17, eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, damit sie ihre Forderungen vor den ordentlichen Gerichten oder auf sonstigem zugelassenen Wege geltend machen können.

— **Ein neuer Bergarbeiterausstand** ist auf den Werken des Erzgebirgischen Steinlohlenaktienvereins in Scheibitz bei Zwickau ausgebrochen. Dort verweigerte die Belegschaft am Freitag früh die Einfahrt, weil die Wiedereinsetzung des Betriebsratsmitgliedbes Seifert von der Direktion abgelehnt wurde. Seitert war wegen angeblicher Verletzung der gesetzlichen Pflichten (§ 89 des Betriebsratsgesetzes) durch Spruch des Schlichtungsaus-

schiffes in Juidau von seinem Posten entzogen worden. Die Betriebsleitung war daher nicht in der Lage, seine Wiedereinsetzung vorzunehmen. Darauf erklärten die Vertreter der Belegschaft, daß sie auch die Notstandsarbeiten nicht ausführen lassen würden. Am Sonnabend dehnte sich der Ausstand noch aus. Er sprang auf Vereinsklub, Bürgergewerkschaft und Brückenberg über. Vereinsklub liegt ganz still, bei Bürgergewerkschaft wird auf zwei Schichten gearbeitet, auf zwei anderen nicht, bei Brückenberg 1 und 3 fehlte am Sonnabend morgen rund ein Drittel der Belegschaft. Im ganzen sind mehrere tausend Arbeiter im Ausstand.

— **Die verkehrte Welt.** Die Papiernot, unter der auch die amerikanischen Zeitungen leiden, wird in besonders eindringlicher Weise von einem in Buffalo erscheinenden Blatt, dem „Ladawanna Journal“, dem Publikum zum Bewußtsein gebracht. Die Zeitung erscheint auf braunem Einschlagpapier gedruckt, und auf der ersten Seite stehen in Niefenbuchstaben quergedruckt die Worte: „Dieses Papier kostet uns 14 1/2 Cent das Pfund, 4 1/2 Cent mehr, als das Fleisch kostete, das man früher darin einwickelte!“

— **Für die Einführung der Prügelstrafe.** Ein großes Dresdner Blatt tritt nachdrücklich für die Einführung der Prügelstrafe für gewisse Robheitsverbrechen und Robheitsvergehen ein und begründet dies mit der beispiellosen Verrohung der Jugend, über die von Dresdner Pädagogenkreise immer eindringlicher Klage geführt wird.

— **Gauernig.** Auf einem Weideplatz wurden hier zwei größere Kalben abgeschlachtet und davon etwa 3 bis 4 Zentner Fleisch abgeschnitten. Verdächtig dürften ver-

mutlich jene Unbekannten sein, die vor einigen Wochen in Wilsdruff ein Kalb gestohlen, beim Wegtransport oder durch den Nachschub durch Gewehrschüsse vertrieben worden sind. In dem zurückgelassenen Reiseforb befand sich damals das ganze geschlachtete Kalb, der Kopf selbst war aber ganz voll Wangen, was wiederum gewisse Schlußfolgerungen über die Richtung und Herkunft der Spitzbuben geben dürfte.

— **Gauernig.** Während der letzten, im ganzen Sachsenlande stattgefundenen Autokontrolle wurde hier nachts ein Radfahrer angehalten, der einen verdächtigen Kufack mit sich führte. Der Radfahrer leistete den größtmöglichen Widerstand, er konnte nach Kampf überwältigt und festgenommen werden. Im Kufack befanden sich drei Gänse und fünf Hühner, die am Tatorte in Wilsdruff bei Reizen kurz vorher abgeschlachtet waren.

— **Dresden.** Gestern vormittag entstand unter dem laufenden Publikum in der Markthalle eine große Erregung wegen der hohen Obstpreise. Es bildeten sich Zusammenrottungen, durch die die Obsthändler gezwungen wurden, ihre Ware teilweise um die Hälfte billiger zu verkaufen. Darauf zog eine Rote von ungefähr 60 bis 70 Mann durch die Stadt zu anderen Geschäften, wo sie, unbehelligt durch die Polizei, ebenfalls eine Herabsetzung der Obstpreise durchsetzten. Die Lebensmittel Demonstrationen fanden bis in die Abendstunden statt. Vor dem Hotel Kronprinz an der Ecke der Haupt- und Heinrichstraße in der Neustadt fanden größere Menschenansammlungen statt. Dort befanden sich die Geschäftsräume des Kommunalverbandes Dresden. In der achten Abendstunde sprachen Wirtschaftsminister Held, ferner Sandermann und andere vom Balkon des Hotels zu den Demonstranten und erklärten, der Kommu-

nalverband sei aufgelöst, eine Besserung des jetzt so schlechten Brotes werde mit Nachdruck angestrebt und auf eine bedeutende Verbilligung der Lebensmittel sofort eingewirkt. Das Fett solle auf 10 Mark das Pfund herabgesetzt werden. Kartoffeln werden alsbald zur Verteilung kommen. Auch der Zucker mit anderen Lebensmitteln aller Art, insbesondere mit Eiern solle scharf bekämpft werden. Auch darf nicht mehr gebadet werden, das Mehl solle alles zur Verbesserung des Brotes Verwendung finden. Heute Dienstag 10 Uhr findet auf dem Schützenplatz eine Versammlung der Demonstranten statt, um weiter zu den fragenden Stellen zu nehmen. Die Redner, die mitunter schwer aus der Menge angepaßt wurden, mahnten zur Ruhe und Besonnenheit, sonst könnten leicht Störungen und noch größere Schwierigkeiten eintreten.

— **Bischofswerda.** Die Industriekrise in unserer Stadt verschärft sich immer mehr. Nachdem die Großbetriebe Buschbeck und Hebenstreit, sowie Ludwig Winter & Co. seit langem verkürzte Arbeitszeit eingeführt haben, mußte die große Möbelfabrik von Reier jetzt ihren Betrieb gänzlich stilllegen.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Löffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Drucksachen liefert sauber und schnell
Die Tagesblattdruckerei.
Lüchtige Magd sucht
Hilfsbrand, Birkenhain 22.

Das Schützenfest in Wilsdruff findet Sonntag den 18. und Montag den 19. Juli d. J. statt.

Ein geehres hiesiges und auswärtiges Publikum wird hierzu ganz ergebenst eingeladen. Für Volksbelustigung aller Art ist auf dem Festplatze genügend Sorge getragen worden.

Alle Vereine, Korporationen und Ehrengäste werden hierdurch zu dem am Sonntag nachmittags 2 Uhr stattfindenden Festzug freundlichst eingeladen und höflichst gebeten, sich wie früher recht zahlreich zu beteiligen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Montag den 12. Juli mittags 1/1 Uhr unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau

Auguste verw. Noack

geb. Pappelbaum

im Alter von 72 Jahren nach schwerem Leiden im Krankenhause zu Wilsdruff sanft entschlafen ist.

Wilsdruff, Blankenstein, Dresden, Herzogswalde, am 12. Juli 1920.

Im tiefsten Schmerze

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr auf dem Friedhofe in Blankenstein statt.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung von Verwandten, Nachbarn, Bekannten und Geschäftskunden zugegangenen Geschenke, Glückwünsche und sonstigen Ehrungen sagen wir hiermit allen unseren

herzlichen Dank.

Besonderen Dank auch der Jugend für die Ehrensparte, den Hausbewohnern für die Schmückung des Hauses, Frau Gropf und dem Gesangsverein für ihren Gesang zur kirchlichen Trauung und unserem lieben Ortspfarrer Herrn Dr. Wahl für seine treffliche Traurede.

Grumbach, am 13. Juli 1920.

Otto Raubisch und Frau Lina geb. Schirmer nebst Eltern.

Ein Waggon

la Weißstückkalk

ist eingetroffen und wird in jedem Quantum abgegeben.

Hermann Burkhardt, Baugeschäft.

Oswald-Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Spisewirtschaft

Potschappel, Turnerstrasse 10

Fernsprecher Amt Deuben 735

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Festordnung

zum Schützenfest der privilegierten Schützengesellschaft zu Wilsdruff.

Donnerstag, 15. Juli: Revue und Exerzieren. Stellung nachmittags 4 Uhr beim Kamerad Alfred Müller (Tonhalle). Abends 5 Uhr. Abends 1/2 8 Uhr **Versammlung im Schützenhaus.**

Sonnabend, 17. Juli: Abends 1/2 8 Uhr **Zapfenreich.** Stellung beim Kamerad Alfred Vogel (Parkstraße).

Sonntag, 18. Juli: Vormittags 10 Uhr **Stellung der Wachmannschaft** beim Kamerad Richard Bennewitz (Amtshof). Nachmittags 2 Uhr **Stellung der Kompanie** beim Kamerad Wenzel Gegenbart (Alte Post). **Abholen des Schützenkönigs, der Ehrengäste und der Vereine** vom Gasthof Adler nach der Festwiese und dem Schießsalon.

Montag, 19. Juli: Vormittags 8 Uhr **Abholen der Fahnen.** Stellung beim Kamerad Clemens Heyne, (Café Heyne). **10 Uhr Rapport** im Gasthof zum weißen Adler. **Nachmittags 1/2 3 Uhr Auszug nach der Festwiese.** Stellung beim Kamerad Paul Pöggel (Transvaalbüren). **Abends 7 Uhr Proklamation des neuen Schützenkönigs.** 1/2 9 Uhr **Einzug** durch alle Straßen nach dem neuen Königshause.

Dienstag, 20. Juli: Nachmittags 6 Uhr **Gewinnanzahlung** beim Kamerad Albin Thomas (Bahnhofsrestauration).

Donnerstag, 22. Juli: Abends 7 Uhr **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**

NB. Zu dieser Festlichkeit gibt es keine Entschuldigung. Altäre Mannschaften in Uniform und weißer Hose. Passives Mitglieder dunkler Anzug, hoher Hut.

Das Kommando der priv. Schützengesellschaft zu Wilsdruff.

Achtung Schützenfrauen! Mittwoch nachmittags **Rankenwinden** in Haubolds Scheune am Feldweg. Die werten Schützenfrauen verb. gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Jugendverein Edelweiß. Mittwoch den 14. Juli punkt 1/2 9 Uhr **Versammlung** Geschieden aller erwünsigt. D. V.

Allgemeiner Turnverein Wilsdruff. (Mitgl. des Arb.-Turn- u. Sportbundes.) Mittwoch nach dem Turnen **Versammlung im Schützenhaus.** Der Turnrat.

Berein j. Landwirte. Der festgesetzte Vortrag für Mittwoch den 14. Juli findet nicht statt.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Mittwoch den 14. Juli abends 8 Uhr

Totentanz.

Ein Nocturno in 5 Teilen.

Hole Born

das auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte **Kopfwasser** ist das zuverlässigste und wirksamste Mittel

gegen **Haarausfall, Kopfschmerzen und Kopfschuppen.**

Von Dr. G. Gräbler's mikrochem. und bakter. Laboratorium glänzend begutachtet.

B. Ludwig, Nicolto-Werk, Leipzig, Scharnhorststraße 32/34.

Zu haben bei:

Bernhard Pollack, Feiseur, Markt 13,
Lisbeth Pollack, Damenfris.-Gesch., Markt 10.

Bruno Ehrlich

Rossschlächterei — Pferdegeschäft

Restaurant und Speisehaus „Zum müden Roß“

Fernruf 74 Deuben-Dresden Fernruf 74

Bei Notfällen mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.

Hierfarbiges Käpfchen entlaufen. Bitte abgeben Zebitzerstr. 180.

Johannisbeeren verkauft Hilfsbrand.

Guter **Wachhund** zu verkaufen. Gutsbesitzer Schumann, Sora.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 25

Rossschlächterei, Spisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.